

Berstärkter Hitlerkurs im Dresdner Rathaus

Faschistischer Vorstoß zur Mundtotmachung der revolutionären Vertreter im Stadtparlament. Reaktionäre Einheitsfront von Nazi bis Staatspartei lehnt Behandlung des Todesmordes Henrich und des Reglerheim-Blutbades ab. Nazis verhöhnen die Opfer des Polizeimassakers. SPD-Franke vertröstet auf Staatsanwaltschaft. Unsere Antwort: Verstärkt den Massenproteststurm in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Häuserblöcken!

Die geistige Tagung des Stadtparlaments war ein Beweis dafür, daß man jetzt in diesem Haus ganz offen, ohne jede parlamentarische Maske den faschistischen Kurs durchführte. Schon in den zeitigen Nachmittagsstunden patrouillierten Polizeibeamte ein großer Teil davon poliert, so daß auf jeden fünften Besucher ein Polizeibeamter kam. Schon in der Abstimmung über die 48-Stunden-Woche für das in den Krankenanstalten beschäftigte Personal ab. Noch offener entlarvten sich die Rechte der herrschenden Klasse dadurch, daß sie durch ihren faschistischen Vorsitz einen Antrag einbrachten, der die Arbeitzeit wesentlich beschränkte. Ganz klar, daß es sich bei diesem Antrag lediglich um einen Schlag gegen die revolutionären Vertreter des Proletariats handelt. Dr. Kluge hat es leicht. Er kann sich daran berufen, daß der bisherige SPD-Stadtvorstand vorsichtig war, als der kommunistische Antrag, der im Falle Henrichs keine Anklage gegen die Polizei und Nationalsozialisten erhebt, in auf einen anderen Antrag aus, der Stellung nimmt zu dem Blutbad im Reglerheim. Schließlich gelingt es doch, einen formellen und brutalen Beleidigung der Todesopfer durchzuführen. Als besonders blutiges beschimpft. Der Proteststurm der kommunistischen Fraktion brachte diese frechen Versuche zum Schweigen. Alle Ausschüsse unserer Freunde schlossen mit einem Appell an die Arbeiterschaft, diesmal handfest verstärkt die Volung der außerparlamentarischen Union in die Wege, auf die Gewerkschaften, in die Arbeitersiedlungen zu tragen. Unter Schlag gegen die herrschende Klasse wird und muß an ihrer wunderten Stelle geführt werden!

Berührte Polizeiposten am Dresdner Rathaus sind das sichtbare Zeichen einer neuen, härteren Welle des Terrors gegen die Arbeiterschaft. Gerade heute stehen eine Reihe Anträge der kommunistischen Fraktion auf der Tagesordnung, die gezeigt haben, daß die faschistischen Machthabende vor den dreisten Blüßen der Faschisten Dresdens rücksichtlos zu entlarven. Nach Eintreten in die Tagesordnung hält es Antragen der KPD-Fraktion. Die furchtigen Anträge, die sich mit der Rolle der Gewerkschaften beschäftigen u. a. mit den Käferermittlungsmaßnahmen in der Altenberger Fabrik, mit der wachsenden Grippeepidemie in den Dresden Schulen, sowie der Verbüßung der Gewerkschaften durch die Winterhilfe, wurden vom Rat mit einem abstoßenden Verlegenheitsgesammt erwidert.

Ein Antrag des faschistischen Stadtvorstandsvorsteher Dr. Kluge verlangte die Belästigung der Rechte für die Stadtvorstände auf eine Überstunde. Interessant ist dabei, daß er sich bei seinen Ausführungen im wesentlichen auf die frühere Handlungswelle des SPD-Vorsitzenden Döllnich stützte. Auch Döllnich habe in seiner Vorstandperiode rücksichtlos Maßnahmen ergreifen, die die Rechte der Kommunisten wesentlich beschädigt. Besonders ist dabei noch, daß, als sich in der Debatte demagogischweise auch SPD-Röhr dagegen aussprach, dem KPD-Klage folgende Gehändne entschlüpften:

Die Geschäftsausordnung soll doch insbesondere nicht gegen die SPD angewendet werden!

Wenn die SPD ein arbeitsfähiges Stadtvorstandskollegium schaffen will, dann treffen wir uns durchaus!"

Hier handeln die Arbeiter die Belästigung für das, was die Kommunisten ihnen schon immer gezeigt haben. Für die kommunistische Fraktion sprach der Genossen Gabel. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Worten: „Für uns steht das Interesse des Faschismus im Vordergrund. Der Faschist Kluge lebt fort, was SPD-Döllnich begann. Die Maßnahme des faschistischen Vorsitzes ist die erste Etappe in der Mundtotmachung der Rechtsgenossen, der KPD. Die Kommunisten werden gegen alle faschistischen Vorläufe den außerparlamentarischen Kampf organisieren. Wir wollen, daß wir die gesamte Klassenfront des Proletariats einzuladen müssen zum Sturz des faschistischen Diktaturs.“

Dieser Antrag des faschistischen Kluge wurde mit den Stimmen der Nazi-Bürgerfraktion angenommen.

Dann erfolgt die Neuwahl der Stadtratsmitglieder. Von der kommunistischen Fraktion wurden gewählt:

Stadtrat Thielke Paul Schwartze, Kammerstraße 39, Oderseehaus Alfred Schrapel, Steinstraße 7, Metallarbeiter Arthur Kunoth, Reichstraße 17, Dreher Ruth Weber, Katzbucher Straße 10.

Zu folgendem Antrag:

Kollegium wollte beschließen, vom Polizeipräsidium und der faschistischen Regierung zu fordern,

1. sofort eine strenge Untersuchung gegen die im unterdrückung des Todesmordes tätig gewesenen Polizeibeamten, insbesondere den Kriminalrat Vogel, einzuleiten,

2. die am Verhören der Mörder schuldigen Beamten sofort nach Unreue zu entheben.“

wollten die Vertreter der kommunistischen Fraktion ebenfalls das Wort ergreifen. Der deutsch-nationale Stadtvorstand Dr. Neumann verlangte, daß dieser Antrag von der Tagesordnung entfernt werde, da er nach seiner Ansicht nichts mit Gemeindeangelegenheiten zu tun habe. Das gleiche behauptete er über einen weiteren Antrag, der zu dem Blutmaßaker im Reglerheim Stellung nimmt, aus, daß Genossen Helm hörte dazu aus, daß in diesem Halle sich die faschistischen Konsequenzen aus der vorher beschlossenen Solidarität der Arbeiterschaft ergeben. Die Dresdner Werktätigen haben sie auch ein Recht, diese Blumwürde im Reglerheim vor der breiten Öffentlichkeit zu beschreiben. Der Kritik Neumann wird in namenslicher Abstimmung von eben diesem faschistischen Block angenommen. Sollte von der KPD-SPD-Fraktion für seine Fraktion aus, daß sie gar kein Interesse daran haben, diesen Opfern irgendwie zu helfen. Ja, die gesamte Klassenfront ging sogar darüber, durch niederrangige Schmährede diese Opfer unverdutzt zu beschimpfen. Unter dem eindringlichen Auseinandersetzung unserer Genossen versammelten viele faschistische Bürger.

Eine Stellungnahme zum Todesmord Henrich und zu den blutigen Vorfällen im Reglerheim unterliehen sie prinzipiell überhaupt.

Gen. Helm äußerte, um diese reaktionären Burschen nicht aus der Klemme zu lassen und sie rücksichtslos zu entlarven, keinen Antrag los ab, daß sie sich unbedingt für über gegen ihn entscheiden müssen. Da folgende ursprüngliche Haltung unterm Antrages,

Kollegium wollte beschließen,

1. von der Sammelseitung die sofortige Entschließung und Entlöschung der für den Gewerkschaftsbau auf Versammlungsstätten im Reglerheim am Mittwoch, dem 28. Januar 1933, verantwortlichen Polizeibeamten zu fordern,

2. die Auflösung des kleinen Belagerungsstaates in Dresden zu fordern,

3. den Rat zu erzählen,

a) die Belästigung der erholtenen und ihren Verlegungen entzogenen Dresdner Einwohner auf Kosten der Stadt durchzuführen,

b) die Kosten für die Behandlung der Verletzten auf die Stadtkasse zu übernehmen.

c) den Hinterbliebenen eine ausreichende Rente zu gewähren, von der nationalsozialistisch-faschistischen Mehrheit in dieser Form abgelehnt wurde, wurde von uns also nur noch der Punkt 3 zur Abstimmung gestellt. Dieser Antrag begründete Gen. Gabel. Er benutzte dabei die Gelegenheit, um den Antragenden aufzuzwingen, daß es sich hier um Angehörige Dresdner Einwohner handelt, denen man helfen muß. Wir wissen genau, daß die herrschende Klasse in Zukunft noch mit viel stärkeren weißen Terrormittel kämpfen wird (ungeheure Lärm der Nationalsozialisten, Beifallssturm der Kommunisten). Die Angehörigen der Opfer verlangen, daß die Verletzungen bewilligt werden. (Die Nazis

lange geleistete Antrag auf die Hilfe für die Gewerkschaften zur Tagesordnung!)

Kollegium wollte beschließen, den Rat zu erzählen, folgende Hilfemaßnahmen als Sonderunterstützung für Gewerkschaft, Bürgermeister, Kriegs-, Klein-, Sozialzentrum und sonstige Hilfsorganisationen sofort durchzuführen:

1. Röthenische Lieferung von Kohle pro Hauptunternehmungsempfänger pro Woche einen Zentner, bei Familien mit mehr als drei Kindern 2 Zentner pro Woche.

2. Einmalige Sofortliche Lieferung von Rationalkohol für jedes Hauptunternehmungsempfänger 1% Zentner wodurch für jedes weitere Unternehmungsbetriebsträger 1% Zentner.

3. Röthenische Lieferung von:

a) 2 Kilo pro Tag für jeden Hauptunternehmungsempfänger sowie deren unterhaltungsberechtigte Familienmitglieder.

b) 1 Pfund Brot oder Wurst pro Woche für Familien bis mit drei Kindern, bei erhöhter Röthenbach entsprechend erhöhte Soße.

4. Sofortliche Lieferung von warmer Winterkleidung und Schuhwerk einschließlich Schuhbeschichtung.

5. Sofortige kostenlose Defizitierung aller Strom- und Gasleitungen bei allen benötigen, wo die Ursache der Nichtbezahlung bei Abrechnung und die dadurch bedingte Sperrung durch die allgemeine Rot begründet ist.

6. Kostenlose Gasförderung von Gas und Licht in Höhe von 20 Einheiten pro Monat, Gewährung von Kleiderhilfen in entsprechender Höhe bis zu zehn Jahren.

7. Zahlung des nötigen Differenzbetrages zwischen Güterpreis und Wla bzw. Rta.

Den Neuhof zeigte in seiner Begründung die von uns tatsächlich angeprangerte ungeheure Rolle der Gewerkschaften und die Verbündung der Gewerkschaften durch die genannte Winterhilfe auf. Das gemeinsame arbeitende Volk hat durch die nationalsozialistischen Blutmaßaker noch vollständig vernichtet werden. Aber diese neue faschistische Terrorwelle, die über Deutschland bricht, mag uns wiederherstellen an dem eisernen, geschlossenen Kampfeswillen aller Werktätigen, an der roten Einheitsfront, an der nationalsozialistischen Kluft!

Dann erinnerte ein bürgerlicher Stadtvorstandsrat an die alten Regelungen des Stadtparlamentes, am 23. März 1929 zu machen und erreichte eine Annahme seines Antrages:

Arbeiter, Arbeitnehmer, Werktätige fordern! Es gilt, auf dem Posten zu sein. Hitler's Berufung zum Reichsminister soll die Verhinderung der faschistischen Maßnahmen auch in Dresden zu dem Ende folgen. Der inglese Sommerliche Zeit der "demokratischen Arbeitnehmer" der Arbeiterschaft soll durch die nationalsozialistischen Blutmaßaker noch vollständig vernichtet werden. Aber diese neue faschistische Terrorwelle, die über Deutschland bricht, mag uns wiederherstellen an dem eisernen, geschlossenen Kampfeswillen aller Werktätigen, an der roten Einheitsfront, an der nationalsozialistischen Kluft!

Der Proteststurm wird verstärkt

Die Sportler in der Protestaktion

In einer Entschließung der am Sonntag stattgefundenen Agitation konferenz der Kampfgenossenschaft für rote Sportlichkeit in Dresden, in der sich die Delegierten verpflichteten, alle Sportverbänden Arbeiter für die rote Einheitsfront zu gewinnen, heißt es:

Wir verlangen die Belästigung und Belietigung der schuldigen Beamten und Männer aus dem Rat zu fordern mit Heilig, Peterhause und Ginter, fort mit der Regierung Schied.

Weitere Protestentschließungen wurden von der Generalversammlung des Centralvereins für Arbeitersport Dresden 1885, die von 300 Mitgliedern bestellt war, und von der Vollversammlung des DSV 1910 beschlossen. Die Mannschaften von 1885 und Brodwick traten zu dem Spiel mit Trauerkleid an. Es wurde eine Protestpause während des Spiels durchgeführt.

Eine öffentliche Massenversammlung des Vereins Freie Jugend und die Landesvertretung der Gemeindeverbände proletarischer Arbeitnehmer sahnen Protestbeschluß. Die Entschließung der SPG ist ein Appell zur Herstellung der roten Einheitsfront.

Erwerbslose erheben Protest

Der Erwerbslosenanschuß Böblingen verließte in einem Telegramm an die Rote Hilfe in Dresden die Kampferhöhung bei der Erwerbslosen mit der Dresdner Arbeiterschaft gegen den weißen Terror und die faschistische Diktatur.

Die im Großschönau am Freitag veranstalteten Erwerbslosen führten einstimmig eine Protestentschließung.

Protest der Gehörlosen Dresdens

Am 27. Januar 1933 haben die organisierten Gehörlosen Dresdens nach Erledigung ihrer Angelegenheiten am Schloß auch zu dem Blutbad im Reglerheim Stellung genommen. Durch Erbitten von den Blöden haben sie ihrem Mitbürgers, daß wieder Arbeiterschaft gründlich liegen mußte, Ausdruck gegeben. Die Tochter, die die Versammlung von 1885 um 10.45 Uhr sich ihrem Ende näherte, kommt eine Auflösung gar nicht am Ende war, ferne, daß 300 Polizeibeamte bereits vorher bereitgestellt wurden, die später nach bereits halbfertigem Ende hinterstellt auf mehr- und wenigerlose Arbeiter schoben, löst der Vermüllung Raum, daß es der Polizei offenbar darauf ankommt, Arbeit zu erschließen.

Es blieb einer von Kapitänleuten durchgegangen Dresden der Polizei vorbehalten und es ist eine unvorstellbare Schmach der Dresden Polizei, welche die Flucht von Nazimeinden er-

Waren die Krankenwagen zur Stelle?

In unseren Berichten über die Vorfälle im Reglerheim hatten Angerungen gemeldet, daß die Krankenwagen teilweise bis zu vier Stunden zu spät gekommen seien. Darauf wird nun aus Kreisen der Feuerwehr mitgeteilt:

Es mag sich um eine Verweichung mit den Leichenwagen handeln. Sie hätten bereits 10.58 Uhr Alarm erhalten und 11.12 Uhr ist der erste Transport vom Reglerheim nach dem Friedenskrankenhaus erfolgt. Der letzte Transport ist 11.45 Uhr gefahren worden. Insgesamt waren zwei Wagen eingesetzt, von denen einer 5 und der andere 5 Transporte durchgeführt habe.

Die Leichenwagen haben den ersten Transport 0.05 Uhr durchgeführt, also anderthalb Stunden nach dem Schießerei. Das ist daraus zu schließen, daß ihre Verschleppe durch Staatsanwalt Hartmann angeordnet war. Wie es scheint liegt hier tatsächlich eine Verweichung vor. Andernfalls aber ist es an diesen Misserfolgen schwer zu glauben, daß für diesen Fall zu wenige Krankenwagen vorhanden waren, eingesetzt worden sind. Im letzten Halle steht die Schuld der Stadtbauverwaltung fest.

möglich und daher in Dresden friedliche Arbeit hinterlässt.

Keinem Polizeibeamten wurde ein Haar geträumt, deshalb ist der Einwand, in "Notwehr" gehandelt zu haben, hinfällig.

Den Angehörigen der hingerichteten Opfer sprechen die Gehörlosen Dresden, die am 27. Januar im Volkshaus versammelt sind, ihre aufrichtige Teilnahme aus.

Dorshainer Einwohner gegen Polizeiblutbad

Am 27. Januar fand in Dorshain eine Massenversammlung statt. Die Spieltruppe "Kinder Sturm" und der Gemeinde Strzelowitsch machten durch ihr Auftreten die Kundgebung zu einem Massengelöbnis, daß Werk der großen Toten mit zu vollenden. Die Spieltruppe "Kinder Sturm" gab im Bild des Wirkens der gemeinsamen Arbeit der deutschen Revolution wider. Dann gab Genossen Strzelowitsch einen kurzen Überblick über seine Erfahrungen.

Eine öffentliche Massenversammlung des Vereins Freie Jugend und die Landesvertretung der Gemeindeverbände proletarischer Arbeitnehmer sahnen Protestbeschluß. Die Entschließung der SPG ist ein Appell zur Herstellung der roten Einheitsfront.

Iehnille im Name des unverkappten Lenin und erklärte das Werk Lenins wird durch die Solidarität unter Führung Stalins verwirklicht. Tiefster Beifall durchbrachte den Saal als er in latenter Form den Normativ des Sozialismus und den Abgang des kapitalistischen Systems zeigte.

6 Aufnahmen für das JAH, 1 Biel der Arbeiterschaft, für 14 Mark Literaturkunst und Verlust von 90 Solidaritätsmaßen, das war der organisierte Erfolg der Kundgebung. Eine Protestaktion gegen das Blutbad in Dresden und für sofortige Auflösung des Antifaschisten Körpers wurde einstimmig angenommen.

Arbeiterkinder üben Solidarität

In Podwig fand gestern ein von den Roten Jungpionieren einberufener Kinderkundgebung statt. In der überfüllten Veranstaltung waren 350 Kinder und 50 erwachsene Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erzielt. Durch die Darbietungen des Theaterzirkels, durch Spiele und Vorlesungen etc. wurden die Arbeiterkinder in das Leben der Pionierorganisation eingemeint. Zum Schluss wurden noch 4 Mark für die Hinterbliebenen der 9 ermordeten Arbeiter gesammelt.

Proletarische Opferbereitschaft

Sonntag, den 29. Januar, führen die Genossen der KHD und KPD gemeinsam eine Sammlung für die Dresdner Opfer durch, welche den Betrag von 110.50 brachte. Dohna hat 4500 Einwohner, davon bezahlen etwa 650 Wohlausländer und da die Betriebe hier am Freitag gesammelt haben, so können wir es als einen guten Erfolg buchen. Wir sprechen hiermit allen Spendern unseres proletarischen Dank aus. KHD und Rote Hilfe Dohna.

Proletarische Solidarität der Elternenwärter

Die Elternenwärter vom 4. Bezirk auf der Löbauer Straße kamen unter sich für die Hinterbliebenen der ermordeten Genossen Michel.

8.00 Mark

Sie liegerten diesen Betrag sofort an den Vater jenes toten Genossen, der dort beschäftigt ist, ab. Das ist beispielgebende proletarische Solidarität!